

498412-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – DAKAR Planerleistung Generalplanervertrag Baumaßnahmen

OJ S 137/2026 20/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: DAKAR Planerleistung Generalplanervertrag Baumaßnahmen

Beschreibung: Planerleistung Generalplanervertrag Baumaßnahmen Kanzlei Dakar/Senegal

Kennung des Verfahrens: a2f84cd9-92bd-463b-982e-1a20c1655c48

Interne Kennung: VV-2026-0109

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland 20, Avenue Pasteur, Angle Rue Mermoz Dakar, Senegal

Stadt: Dakar

Postleitzahl: 14776

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Senegal

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Information zu geplanten Verhandlungsrunden: Nach der 1. Angebotsphase werden die Bieter voraussichtlich in der KW 41 oder 42/2026 zu Verhandlungen aufgefordert. Die Vergabestelle behält sich jedoch vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung von Verhandlungsrunden zu erteilen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Korruption: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Betrug: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Zahlungsunfähigkeit: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§

123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund versichert der Bewerber, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB)" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: DAKAR Planerleistung Generalplanervertrag Baumaßnahmen

Beschreibung: Generalplanerleistungen Leistungsphase 1-8 nach HOAI für Bauleistungen an dem Kanzleigebäude der AV Dakar (Umnutzung 3./4.OG und Anbindung an die Kanzlei, Brandschutzmaßnahmen, Ersatz Aufzüge gegen barrierefreien Aufzug, Ertüchtigung TGA u.a.).
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland 20, Avenue Pasteur, Angle Rue
Mermoz Dakar, Senegal
Stadt: Dakar
Postleitzahl: 14776
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Senegal

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, Die Wertung erfolgt zu 50% nach Preis und 50% nach Leistung

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: - weitestgehender Verzicht auf Präsenzmeetings - Dienstreisen in LPh 1-7 nur zu Meilensteinen Planung und Vergabe Standardmäßig nur 1 Printexemplar

Haushaltsunterlagen und Zwischenstände - Ausschreibungsunterlagen nur digital. Prints nur auf Verlangen des AG

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Der Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Anforderungen an die Referenzen für Gebäudeplanung anhand 3 vergleichbaren Referenzprojekten: Die fachliche Leistungsfähigkeit für das Leistungsbild Gebäudeplanung gilt als erwiesen, wenn: - bei 1 vergleichbaren Referenzprojekt einer Baumaßnahme im außereuropäischen Ausland die Leistungsphasen 2-8 Leistungsbild Gebäudeplanung gem. HOAI durchgängig abgedeckt wurden - bei 1 vergleichbaren Referenzprojekt einer Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme die Leistungsphasen 2-8 Leistungsbild Gebäudeplanung gem. HOAI durchgängig abgedeckt wurden - bei 1 vergleichbaren Referenzprojekt einer Baumaßnahme im laufenden Betrieb die Leistungsphasen 6-8 Leistungsbild Gebäudeplanung gem. HOAI durchgängig abgedeckt wurden und zugleich bei allen drei Referenzprojekten - die Fertigstellung der Leistungsphase 8 Leistungsbild Gebäudeplanung gem. HOAI (mind. Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber) im Zeitraum 06/2016 bis 06/2026 erfolgte und - die Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 300-400 nach DIN 276) mind. 0,8 Mio. Euro netto je Projekt betragen. Anforderungen an die Referenzen Technische Ausrüstung anhand 2 vergleichbaren Referenzprojekten: Die fachliche Leistungsfähigkeit für das Leistungsbild Technische Ausrüstung gilt als erwiesen, wenn: - bei 1 vergleichbaren Referenzprojekt einer Baumaßnahme im außereuropäischen Ausland die Leistungsphasen 2-8 Leistungsbild Technische Ausrüstung Anlagengruppen 1,3,4 gem. HOAI durchgängig abgedeckt wurden - bei 1 vergleichbaren Referenzprojekt einer

Baumaßnahme im laufenden Betrieb die Leistungsphasen 6-8 Leistungsbild Technische Ausrüstung Anlagengruppen 1,3,4 gem. HOAI durchgängig abgedeckt wurden und zugleich bei beiden Referenzprojekten - die Fertigstellung der Leistungsphase 8 Leistungsbild Technische Ausrüstung Anlagengruppen 1,3,4 gem. HOAI (mind. Übergabe an den Nutzer bzw. Betreiber) im Zeitraum 06/2016 bis 06/2026 erfolgte und - die Bauwerkskosten (Summe Kosten KGr 300-400 nach DIN 276) mind. 0,8 Mio. Euro netto je Projekt betrugen. Bitte beschreiben Sie die erforderlichen Referenzen im Teilnahmeantrag unter Punkt 6. Wenn der vorgegebene Platz zur Darstellung der Referenzangaben im Teilnahmeantrag nicht ausreichend ist, können diese auch ergänzend mit separaten Dokumenten eingereicht werden. Diese Dokumente sind jedoch im Teilnahmeantrag genau zu benennen und darauf an der entsprechenden Stelle zu verweisen um eine klare Zuordnung zu gewährleisten.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bitte geben Sie unter Punkt 1 des Teilnahmeantrags an, welche Teile des Auftrags Sie unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigen: - Angabe des Leistungsbereiches und des vorgesehenen Anteils am Auftrag sowie Name des Nachunternehmens im Fall der Eignungsleihe.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Im Fall der Auftragserteilung ist unverzüglich eine Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall : Personenschäden: 2.000.000,00 € sonstige Schäden: 1.000.000,00 € abzuschließen, bzw. zu erklären, dass diese bereits vorhanden ist. Bitte Angaben im Teilnahmeantrag unter Punkt 2 machen.

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestumsatz : a) Mindestumsatz im Leistungsbild Objektplanung: Nettojahresumsatz (EURO) im Leistungsbild Objektplanung im Sinne HOAI 2021 §34 im Mittel der letzten drei Geschäftsjahre (2025, 2024, 2023): Mindestanforderung: mind. 240.000 EUR netto pro Jahr im Durchschnitt b) Mindestumsatz im Leistungsbild Technische Ausrüstung: Nettojahresumsatz (EURO) im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2021 §55 insgesamt (Anlagengruppen 1-8 im Sinne HOAI 2021 §53) im Mittel der letzten drei Geschäftsjahre (2025, 2024, 2023): Mindestanforderung: mind. 230.000 EUR netto pro Jahr im Durchschnitt Bitte Angaben im Teilnahmeantrag unter Punkt 2 machen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung

Beschreibung: Die zu bewertenden Kriterien sind in der Leistungsbewertungsmatrix angegeben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Die Wertung nach Preis gemäß der vorläufigen Honorarberechnung.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=876612>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=876612>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG macht von den Nachforderungen gemäß §56 VgV gebrauch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten.

Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB) Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder im Vergabeverfahren zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend

gemacht werden. Teilt das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann das Unternehmen nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 bis 4 GWB). Bieter, deren Angebote nicht bezuschlagt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information der Bewerber und Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Registrierungsnummer: 991-01944-42

Postanschrift: Kirchhofstraße 1-2

Stadt: Brandenburg an der Havel

Postleitzahl: 14776

Land, Gliederung (NUTS): Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Deutschland

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Telefon: +49 3018473016327

Internetadresse: <https://bfaa.diplo.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fcf10549-08ef-4a63-b3b5-849df7785cca - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/07/2026 06:31:55 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 498412-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 137/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/07/2026